

Prof. Dr. Angelika Zahrnt
Ehrenvorsitzende BUND
Private Anschrift:
Hollmuthstr. 2 a
69151 Neckargemünd

Fon: 06223 / 7 22 26
Fax: 06223 / 9 25 28 35
angelika.zahrnt@bund.net

**Konferenz am 14.-16. November 2014
Universität Göttingen und Vereinigung Deutscher Wissenschaftler
Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit - wie passt das zusammen?**

Vortrag Prof. Dr. Angelika Zahrnt

Verantwortung der Wissenschaft für nachhaltiges Wirtschaften

1. Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit – wie passt das zusammen?

Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit passt für viele ganz problemlos zusammen – man braucht bloß das Wirtschaftswachstum mit einem Adjektiv zu schmücken. Die Palette reicht

- vom qualitativen Wachstum
- über das grüne,
- das inklusive,
- das intelligente Wachstum
- bis zur perfekten Symbiose des nachhaltigen Wachstums.

Mit Semantik kann man Konflikte kaschieren aber nicht lösen. Frau Gesine Schwan sprach kürzlich vom „geistigen Wachstum“, gegen das man doch keine Einwände haben könne. Ich spreche hier von „Wirtschaftswachstum“ ganz trocken als Wachstum des Bruttoinlandsprodukts, der Menge, der in einem Jahr hergestellten Güter und Dienstleistungen. Ich spreche von „Nachhaltigkeit“ nicht in seinen vielfältigen alltagsprachlichen Verharmlosungen, sondern als Verpflichtung für eine weltweite und generationen-

übergreifende Gerechtigkeit – wie der Begriff im Brundtland-Bericht der Weltkommission zu Umwelt und Entwicklung 1987 als politischer Begriff definiert wurde: „Nachhaltige Entwicklung ist eine Entwicklung, welche weltweit die heutigen Bedürfnisse zu decken vermag, ohne für künftige Generationen die Möglichkeit zu schmälern, ihre eigenen Bedürfnisse zu decken“. Soweit die bekannte Definition. Weniger bekannt ist der kurz danach folgende Satz: „Nachhaltige Entwicklung erfordert klar ökonomisches Wachstum dort, wo elementare Bedürfnisse nicht erfüllt werden. Anderswo kann es mit ökonomischem Wachstum übereinstimmen, vorausgesetzt, die Art des Wachstums berücksichtigt die allgemeinen Prinzipien der Nachhaltigkeit und das Prinzip, andere nicht auszubeuten.“

Das ist zum einen die klare Aussage, dass wirtschaftliches Wachstum zur Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern und Schwellenländern nötig ist, zum anderen die Einschränkung, dass ansonsten Wirtschaftswachstum zwei Randbedingungen genügen muss:

- der ökologischen Randbedingung: Das Wachstum muss innerhalb der ökologischen Tragkapazität der Erde sein, die natürlichen Lebensgrundlagen müssen erhalten werden,
- und der sozialen Randbedingung: Das Wachstum darf andere nicht ausbeuten.

Beide Bedingungen – die ökologische wie die soziale – sind für das Wachstum in den Industriestaaten nicht erfüllt. Das zeigen allein der Klimawandel und die Ausbeutung in den Ländern des Südens. Wirtschaftswachstum und Nachhaltigkeit passen – derzeit – nicht zusammen.

Das Problem ist, dass Wirtschaftswachstum Priorität hat. Der frühere Wirtschaftsminister Clement hat es in den damaligen Auseinandersetzungen um die Einführung des Emissionshandels klar formuliert: Nach einem wortreichen Bekenntnis zum Klimaschutz kam der Satz: „Aber selbstverständlich steht der Klimaschutz unter Wachstumsvorbehalt.“ Entsprechend ist das Emissionshandelsgesetz mit all seinen Ausnahmeregelungen für die Industrie dann auch wirkungslos geblieben.

Auch andere notwendige Klimaschutzmaßnahmen sind deshalb unterblieben oder verwässert worden:

- wie der Ausbau der ökologischen Steuerreform,
- schärfere Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß im Verkehr,
- die Einstellung der Braunkohleförderung.

Diese Priorität des Wirtschaftswachstums habe ich als Vorsitzende des BUND immer wieder erlebt – und alle, die sich für Umwelt- und Naturschutz auf welcher Ebene auch immer engagieren, kennen die Konflikte:

- In der Landwirtschaft bei der Massentierhaltung,
- im Verkehrsbereich beim Straßenbau,
- in der Flächennutzung bei der Auseinandersetzung um Gewerbegebiet oder Streuobstwiese.

Die Fixierung auf das Wirtschaftswachstum liegt in den Hoffnungen, die mit Wirtschaftswachstum verbunden sind

- dass die Steigerung des Bruttoinlandsprodukts die Menschen glücklicher macht,
- dass Wachstum sozialen Ausgleich schafft,
- dass Wachstum Vollbeschäftigung bringt,
- dass Wachstum den Abbau der Staatsverschuldung ermöglicht.

Doch diese Hoffnungen löst das Wachstum nicht mehr ein – zumindest in den Industriestaaten. Zudem verschärft der Wachstumskurs Ressourcenknappheit und Umweltzerstörung und gefährdet den Frieden. Mit technischen Lösungen und Effizienzsteigerungen allein können bei fortgesetztem Wachstum die ökologischen Nachhaltigkeitsziele nicht erreicht werden. Denn auch wenn Produkte effizienter werden, wenn gleichzeitig mehr davon gekauft und sie intensiver genutzt werden, wird der Effizienzgewinn überkompensiert.

Auch die Finanz- und Wirtschaftskrise, die wesentlich durch den aufgeheizten Wachstumskurs des Finanzkapitalismus verursacht wurde, hat nichts daran geändert, dass die Politik weiter auf Wachstum setzt und nur überlegt, wie der Wachstumsmotor wieder anspringen kann. Auch der Rückgang der Wachstumsraten in den Industriestaaten seit den 60iger Jahren hat nicht zu einer realistischeren Einstellung der Politik geführt, ob und welche Wachstumsraten in Zukunft zu erreichen sind.

2. Warum Konzepte und Alternativen zum Wirtschaftswachstum nötig sind

Ein Grund dafür, dass die Politik an diesem nicht mehr zeitgemäßen und ökologisch nicht durchhaltbaren Wirtschaftskonzept des unbegrenzten Wachstums festhält, ist, dass es für die Wirtschafts- und Kapitalinteressen weiterhin profitabel ist und diese entsprechenden Druck auf die Politik ausüben.

Ein anderer, zentraler Grund dafür, dass die Politik am Wachstumskurs festhält, ja sich geradezu daran festklammert, ist, dass es keine konkreten, belastbaren Alternativkonzepte gibt, wie eine Wirtschaft und Gesellschaft ohne Wachstum funktionieren kann, wie wir ohne Wachstum gut leben können.

Der Ausstieg aus der Atomenergie wäre nicht möglich gewesen ohne die Studien zur Energiewende, ohne Forschung zu Erneuerbaren Energien, ohne Experimente, ohne Energieszenarien, die unterschiedliche Entwicklungswege aufzeigen und Alternativen gangbar machen – und dies über einen Zeitraum von drei Jahrzehnten.

Aber die Wirtschaftswissenschaften haben sich bislang die Frage nach Alternativen zum Wirtschaftswachstum nicht gestellt. Irmi Seidl und ich haben uns vor 5 Jahren an die Frage gewagt, welche Bereiche und Institutionen in unserer Gesellschaft – von der Altersversorgung bis zum Konsum oder Steuersystem – das Wachstum antreiben und von Wachstum abhängig sind und welche Änderungen in diesen Bereichen nötig sind, um wachstumsunabhängig zu werden, mehr Freiheit vom Wachstumszwang zu gewinnen – und damit resilienter gegenüber Konjunkturschwankungen und Krisen. Dabei mussten wir feststel-

len, dass es kaum Wissenschaftler und WissenschaftlerInnen gab, die sich mit diesen Alternativen befassten. Mit dem Buch „Postwachstumsgesellschaft“ ist es uns gelungen, zumindest erste Konzepte von Wissenschaftlern vorzustellen, eine Debatte über Alternativen zum Wachstum zu eröffnen und der Zeit nach dem Wachstum einen Namen zu geben. In der Zwischenzeit hat sich diese Debatte weiter entwickelt, auch international, gerade auch bei jungen Leuten. Die 3000 TeilnehmerInnen bei der Degrowth-Konferenz in Leipzig Anfang September dieses Jahres sind ein ermutigendes Zeichen, dass junge Menschen ihre Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften wahrnehmen wollen und die Wachstumsfixierung als ein zentrales Hindernis dafür erkennen.

3. Warum kann man nachhaltiges Wirtschaften nicht allein den Wirtschaftswissenschaftlern überlassen?

Bisher haben die Ökonomen die Verantwortung für ein nachhaltiges Wirtschaften nicht – oder zumindest nicht ausreichend – übernommen, wohl aus einer Mischung aus Unwillen und Unwissen. Wie unterschiedlich die Denkwelten, Diskurse und Empfehlungen von Wissenschaftlern zu nachhaltigem Wirtschaften sind, zeigen die Gutachten der wissenschaftlichen Beratungsgremien der Bundesregierung.

- Der WBGU – der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen – fordert in seinem Gutachten von 2011 einen neuen Weltgesellschaftsvertrag für eine klimaverträgliche und nachhaltige Weltwirtschaftsordnung. Er macht Vorschläge, wie diese „Große Transformation“ in Deutschland umgesetzt werden könnte und schreibt: „Das kohlenstoffbasierte Weltwirtschaftsmodell ist auch ein normativ unhaltbarer Zustand, denn es gefährdet die Stabilität des Klimasystems und damit die Existenzgrundlage künftiger Generationen. Die Transformation zur Klimaverträglichkeit ist daher moralisch ebenso geboten wie die Abschaffung der Sklaverei und die Ächtung der Kinderarbeit.“
- Der SRU – der Sachverständigenrat für Umweltfragen – beschäftigt sich in seinem Gutachten 2012 mit der Verantwortung in einer begrenzten Welt. Er stellt sich der Frage, „ob und wie kontinuierliches Wirtschaftswachstum möglich (sei), ohne langfristig globale ökologische Grenzen zu überschreiten.“ Und da die Antwort offen sei, plädiert er dafür: „frühzeitig eine Debatte darüber zu beginnen, wie essentielle gesellschaftspolitische Ziele auch ohne oder mit sehr niedrigem Wachstum erreichbar bleiben. Zentrale Handlungsfelder dieser vorsorglichen Debatte sind die Entschärfung von Verteilungskonflikten, die Sicherung der Beschäftigung, Investitionen in eine wachstumsunabhängige Wirtschaft und die Finanzierung von Staatsausgaben und Sozialsystemen.“ Auch die Messung der Wohlfahrt solle neu überdacht werden.
- Der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung begnügt sich damit, Prognosen für die Entwicklung des Wirtschaftswachstums zu erstellen und Empfehlungen abzugeben, wie das Wachstum gesteigert werden könne. Im Jahreswirtschaftsbericht 2014/2015 heißt die Empfehlung: „Mehr Vertrauen in Marktprozesse“. Es wird auf die „Wachstumslokomotive“ USA Bezug genommen, ökologische und soziale Probleme tauchen im Gutachten nicht auf und von Wachstumskritik sind die sogenannten 5 Wirtschaftsweisen alle nicht angekränkt. Nur in den Instrumenten, wie

das Ziel des Wirtschaftswachstums erreicht werden kann, gibt es gelegentlich Unterschiede zwischen den Beiratsmitgliedern.

- Auch das von der „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ – einer Gruppe eher linker Ökonomen und Gewerkschaftler – jährlich erstellte Gegengutachten, das „Memorandum“, ist dem Ziel Wirtschaftswachstum verhaftet.

Während WBGU und SRU sich mit den Herausforderungen der Zukunft auseinandersetzen, bleibt der Wirtschaftsrat bei der Verlängerung der Gegenwart in die Zukunft, bei der Fortsetzung des Wachstumskurses. Der Klimawandel beeinflusst nicht das Klima der Ökonomen.

Ein Grund für diese so unterschiedliche Sichtweise der Gutachten dürfte sein, dass WBGU und SRU interdisziplinär besetzt sind, während die 5 Wirtschaftsweisen alle Ökonomen sind – und dies ist auch Voraussetzung für Ihre Berufung.

Die Wirtschaftswissenschaftler haben sich offenbar in ihrer Wachstumsbox eingerichtet und zeigen bislang kein Interesse, aus ihrem bisherigen Denkraum herauszukommen. Unbeschadet aller Debatten um die Grenzen des Wachstums glauben sie weiter an unbegrenztes Wachstum: „Wer in einer begrenzten Welt an unbegrenztes exponentielles Wachstum glaubt, ist entweder ein Idiot oder ein Ökonom“ soll Kenneth Boulding, einer der Gründungsväter der ökologischen Ökonomik gesagt haben. Ökonomen verfeinern ihre Modelle, die auf unrealistischen Annahmen – wie dem homo oeconomicus oder der Erreichbarkeit von Gleichgewicht – beruhen, sie tüfteln Steuermodelle und Finanzkonstruktionen aus, wie Großunternehmen ganz legal über Luxemburg und andere Inseln keine Steuern zahlen müssen und sind überrascht und sprachlos über Finanz- und Wirtschaftskrisen. Eine ethische Reflektion über Fehler findet nicht statt.

Auch eigene Interessen lassen Ökonomen beim Business as usual bleiben. Sie sind im Hinblick auf ihre Arbeitgeber und Auftraggeber und Forschungsförderer auf eine Fortsetzung des bestehenden Kurses ausgerichtet. Die Ausweitung der kapitalistischen Verwertungslogik durch die Kommerzialisierung weiterer Lebensbereiche bedeutet auch eine Ausweitung der beruflichen Arbeitsfelder. Und eine Expansion des Wirtschaftsmodells in Schwellen- und Entwicklungsländer steigert Export- wie Berufschancen.

Die Ökonomisierung des Denkens und der Werte in Kosten-Nutzen-Kalkülen erhöhen das gesellschaftliche Image sowie die Vorstellung, unverzichtbar zu sein. „Es rechnet sich nicht“ ist das Verdikt des Ökonomen, gegen das nicht anzudiskutieren ist. Die Mathematisierung führt zu einer Verschleierung der Werturteile und einem Ausblenden von Wertedebatten und dient der Konservierung des Bestehenden. Nachhaltigkeit ist dagegen ein wertebasiertes Konzept.

Nicht nur diese – zugegeben verallgemeinernde – Darstellung der Ökonomen-Zunft ist ein Grund dafür, die Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften nicht den Ökonomen zu überlassen. Um diese Abschottung, Selbstreferentialität und Problemferne der Disziplin zu ändern, ist eine Diversifizierung innerhalb der Disziplin nötig und vermehrtes interdisziplinäres Zusammenarbeiten. Nachhaltiges Wirtschaften braucht gleichermaßen Naturwissenschaft und Technik, Philosophie, Sozialwissenschaft und Bildung.

Die Wirtschaftswissenschaft braucht aber auch Anstöße von außen – und nicht nur von Großunternehmen und Unternehmensberatungsfirmen. Nachhaltiges Wirtschaften braucht die Impulse, die aus der entstehenden Praxis des nachhaltigen Wirtschaftens kommen, und die bisher von den meisten Ökonomen noch nicht einmal wahrgenommen werden, wie: urbane Landwirtschaft, Regionalgeld, Energiegenossenschaften, Share-Economy und Social Entrepreneurs. Für die experimentelle Praxis ihrerseits ist Forschung, insbesondere transdisziplinäre Forschung um Bedingungen für Erfolg und Verbreiterung zu erkennen.

Diese experimentelle Praxis gewinnt und verbreitet sich, wenn Forschung Erkenntnisse daraus gewinnen kann über die Bedingungen des Gelingens und Verbreiterns.

4. Defizite von Ökonomie und Aufgaben für Ökonomen

Aber ich möchte mit meiner Ökonomen-Kritik die Ökonomen weder pauschal treffen noch aus der Pflicht für nachhaltiges Wirtschaften entlassen. Denn es gibt zu viele Aufgaben für sie und uns, die ich mit einigen Fragen anreißen möchte:

- Wie kann eine Ökonomie aussehen, die sich „einbettet“ in die ökologischen und sozialen Zusammenhänge?
- Wie kann die Strategie der effizienteren Nutzung von Ressourcen verbunden werden mit einer klugen Beschränkung der Bedarfe? Wie können Effizienz und Suffizienz zur Ressourcenentlastung führen und zu einem guten Leben? Wie können Rebound-Effekte verhindert werden?
- Welche Maßnahmen braucht es, um die Resilienz des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems zu erhöhen?
- Welche neuen Indikatoren für Wohlfahrt braucht es auf gesamtgesellschaftlicher Ebene? Braucht es Indikatoren für das Glück oder – bescheidener – für Zufriedenheit? Oder ist es nicht eher so, dass wir keinen Mangel an Indikatoren haben, sondern der Mangel darin besteht, dass Politik sich primär an einem Indikator, dem Bruttoinlandsprodukt ausrichtet?
- Welche neuen Indikatoren und Bilanzierungen braucht es auf der Unternehmensebene (Gemeinwohlbilanzen, erweitertes Integrated Reporting)?
- Wie kann die Engführung der nationalen Ökonomie aufgebrochen werden, die sich auf das Marktgeschehen konzentriert und entlohnte Arbeit und das Leben und Arbeiten außerhalb des Arbeitslebens nicht im Blick hat? Wie können die vielfältigen Arbeiten der feministischen Ökonomie aufgenommen werden?
- Welche Reform macht das Geld und Finanzsystem weniger krisenanfällig und bindet es zurück an die Realwirtschaft?
- Wie funktioniert eine Wirtschaft ohne Wachstum? Wie funktioniert eine Wirtschaft ohne oder mit begrenztem Zins und Rendite, die gleichzeitig Investitionsdynamik aufweist?

- Welche Veränderungen sind nötig, damit in der Ökonomie langfristiges Denken verankert wird? Wie findet eine Theorie der Bestände – und zwar der materiellen wie immateriellen Bestände – Eingang in die Ökonomie?
- Wie können die Commons, die Gemeinschaftsgüter erhalten werden? Wie kann das Verhältnis von Konkurrenz und Kooperation neu gestaltet werden?
- Und schließlich die Evaluierung: Welche ökonomischen Theorien und Paradigmen haben sich als unrealistisch und unbrauchbar herausgestellt und sollten beiseite gelegt werden?

5. Was tun? Wie ändern?

Eine Fülle von Aufgaben und wenige Ökonomen, die sich in Forschung und Lehre damit befassen: Die wenigen unorthodoxen ProfessorInnen der Volkswirtschaft und Betriebswirtschaftslehre werden emeritiert, die Nachberufungen gliedern sich meist problemlos in den Mainstream ein.

Dabei wächst das gesellschaftliche Bedürfnis nach Antworten auf die oben gestellten Fragen, gerade bei Studierenden. Viele Studierende der Ökonomie wenden sich von den sie enttäuschenden Studienangeboten an den wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten ab und organisieren selbständig eigene Seminare und Vorlesungen, um sich mit den Fragen auseinanderzusetzen, die sie eigentlich an die Hochschulen geführt haben. Beispiele sind das bundesweite Netzwerk „Wachstumswende“ oder das internationale Studierenden-Netzwerk „Plurale Ökonomie“ und Post-Crash-Economics.

Vordenker und VordenkerInnen einer neuen Ökonomie wird dabei oftmals die Aufnahme in die Zunft verwehrt und die Aufnahme ihrer Artikel in die renommierten Journals. Der ökonomischen Debatte fehlt damit eine ausreichende Zahl an Alternativ-Entwürfen sowie QuerdenkerInnen und Querdenkern. Aber genau diese bräuchte es, um die Diskussion über alternative Perspektiven des Wirtschaftens voranzubringen.

Doch wie ließe sich ein Umsteuern im Wissenschaftssystem am besten erreichen? Zentral ist dabei, die Nachdenk-Kapazität über neue Formen des Wirtschaftens im Wissenschaftssystem erheblich zu erhöhen. Dazu vier Punkte:

1. Eine wichtige Rolle hat die Berufungspolitik: Wie kann erreicht werden, dass heterogener berufen wird? Netzwerk „Plurale Ökonomie“ fordert eine Quote von 20% für heterodoxe Wissenschaftler bei Neubesetzungen. Das klingt ungewohnt und freiheitsgefährdend. Aber wie lassen sich Monokulturen aufbrechen? Eine Beteiligung von zivilgesellschaftlichen Organisationen in den Hochschulräten könnte etwas ändern. In vielen Unternehmen wird „Diversity“ inzwischen als Wert erkannt, in den meisten ökonomischen Fakultäten bisher nicht.
2. Neben der breiten Diversifizierung an allen Hochschulen bedarf es mindestens einiger wirtschaftswissenschaftlicher Fakultäten mit einer kritischen Masse an alternativ denkenden und in-

terdisziplinär arbeitenden Ökonomen. Denn nur dadurch entstehen entsprechende Studienangebote, Promotions- und Nachwuchs-Qualifizierungsmöglichkeiten und größere Forschungsvorhaben für eine neue Ökonomie. Eine solche Umorientierung in Hochschulstrukturen ist nicht einfach, bietet aber Profilierungschancen für einzelne Standorte und könnte durch entsprechende Förderprogramme unterstützt werden.

3. Neben ausgewählten Hochschulen sollten auch ein oder zwei staatlich geförderte Vordenk-Institute für heterodoxe Ökonomie in Deutschland entstehen. Es gibt heute alleine sechs wirtschaftswissenschaftliche Forschungsinstitute in der durch Bund und Länder geförderten Leibniz-Gemeinschaft, die alle letztlich recht konventionelle ökonomische Forschung betreiben. Angewandte alternative ökonomische Forschung findet heute v.a. in freien Pionierinstituten statt, die Mitte der 80er Jahre gegründet wurden wie dem Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung, dem Institut für sozial-ökologische Forschung, dem Ökoinstitut, die ohne jegliche staatliche Grundfinanzierung auskommen müssen.
4. Ein weiterer wichtiger Ansatz für nachhaltiges Wirtschaften ist, Wissenschaftspolitik demokratischer zu gestalten. Dies ist gerade für den ökonomischen Forschungsbereich wichtig, da hier der Einfluss von Wirtschaft und Unternehmen besonders groß ist, sowohl durch die Finanzierung mit Drittmitteln wie auch durch die Mitwirkung in Forschungsgremien. Deshalb muss in allen Gremien von öffentlich finanzierten wissenschaftlichen Einrichtungen, die über Schwerpunkte der Wissenschaftspolitik und Forschungsförderung entscheiden, eine Beteiligung der Zivilgesellschaft sichergestellt werden. Längerfristig muss ein Forschungsfonds eingerichtet werden, der mit Finanzmitteln ausgestattet wird, über deren Verwendung die zivilgesellschaftlichen Organisationen nach eigenen Schwerpunkten entscheiden. Mit einem solchen Forschungsfonds kann ein Gegengewicht zum tradierten Wissenschaftsbetrieb gesetzt werden und ein Nukleus für einen Paradigmenwechsel gesetzt werden, was gerade in den Wirtschaftswissenschaften nötig ist. Damit könnten auch Projekte der Citizen Science – von Bürgern initiierte und durchgeführte Forschungsprojekte – eine Chance zur Förderung, Anerkennung und Wirksamkeit erhalten.

Ich habe mich gefreut, dass die VDW und die Universität Göttingen diese Tagung zum Thema „Nachhaltigkeit und Wachstum“ veranstaltet haben und dass ich die Gelegenheit bekommen habe, mich mit der Verantwortung insbesondere der Ökonomen für nachhaltiges Wirtschaften auseinanderzusetzen. Meine Hoffnung ist, dass Sie als Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen in der VDW diese Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften weiter übernehmen, dass sie sich einmischen in ökonomischen Fragen und mit dafür sorgen, dass die ökonomische Disziplin pluraler wird und sich der Verantwortung für nachhaltiges Wirtschaften intensiver und offener stellt. Ich hoffe, dass ich auch denjenigen, die an dieser Universität lehren und lernen, einige Anregungen und Anstöße geben konnte – und ich hoffe, dass sie das Gesagte nicht als zu anstößig empfunden haben.

Ich wünsche Frau Präsidentin Beisiegel Erfolg mit ihrem Vorschlag, dass die Universität Göttingen als Institution nachhaltiges Wirtschaften praktiziert. Denn die Praxis ist der heimliche Lehrplan einer Institution.